Metalltarif in NRW gekündigt! Seite 3

C 21246 D

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 39 vom 6. Oktober 1973 — 7. Jahrgang — 50 Pfennig

Kampffront gegen Arbeitshetze wächst:

Akkord ist Mord

Beim Streik der Ford-Arbeiter in Köln haben die Kollegen die Forderung "Herunter mit der Bandgeschwindigkeit" aufgestellt. Diese Forderung richtete sich gegen das Akkordsystem und die von ihm bewirkte Arbeitshetze. Der Kampf gegen das Akkordsystem – Einzel- und Band- (Gruppen-) Akkord – wird, wie in Frankreich und Italien auch, zu einem wichtigen Bestandteil des Arbeitskampfes werden. Die Forderung der Ford-Kollegen ist wegweisend für die künftigen Arbeitskämpfe der westdeutschen Arbeiterklasse.

Dieser Tendenz gegen den Akkord mußte die IGM-Führung Rechnung tragen und vorgeblich etwas "gegen den Akkord" tun. Dazu bediente sie sich der im September angelaufenen Verhandlungen für die Änderung des Manteltarifs (Lohnrahmentarifs) in Nordbaden-Nordwürttemberg. Dabei hat die IGM-Führung aber gerade das Akkordsystem nicht angetastet. Sie hatte einen Mindestgarantielohn für Akkordarbeiter von 140%, Arbeitspausen von sechs Minuten pro Stunde sowie Kündigungsschutz und Verdienstabsicherung für Arbeiter ab 50 Jahren gefordert und sich dann mit dem Schiedsspruch der Schlichtungsstelle einverstanden erklärt, der 130% Mindestgarantielohn, Arbeitspausen von fünf bis sechs Minuten sowie Kündigungsschutz ab 53 und Verdienstabsicherung ab 55 Jahren vorsieht. Die Unternehmer lehnten diesen Schiedsspruch ab, weniger wegen der Kosten als vielmehr weil er "dem Leistungslohn den Todesstoß versetzt". In Wirklichkeit kann davon natürlich nicht die Rede sein, er ändert nichts am Akkordsystem.

Die Forderungen der IGM-Führer mögen fortschrittlich klingen, aber im Zusammenhang mit dem Akkordsystem sind sie es nicht. Der Mindestgarantielohn von 130% führt dazu, daß die Kapitalisten für das gezahlte Geld auch von jedem 130% Arbeitsleistung fordern werden. Da die IGM-Führung nicht zugleich die Abschaffung des Akkordsystems fordert, verfestigt sie die Arbeitshetze auf kaltem Wege. **Die Forderung nach sechs Minuten Pause gar begründete die IGM-Führung damit, daß der ausgeruhte Arbeiter danach schneller arbeiten könne und den Kapitalisten kein Schaden entstehe.** Klarer kann man nicht sagen, auf wessen Seite man steht.

Rationalisierung - ein Mittel verschärfter Arbeitshetze

Der springende Punkt ist nämlich der, daß die Kapitalisten die Mehrkosten für Verbesserungen im Manteltarif umgehend durch Akkordzeitsenkung auf die Arbeiter abwälzen. Das Mittel hierfür ist die 'Rationalisierung'. Von dem 'wissenschaftlichen Klang' dieses Wortes sollten wir uns nicht beeindrucken lassen. Die Tricks, die dabei angewandt werden, sind denkbar einfach und verursachen kaum Kosten. Hier einige Beispiele:

1. Ein Arbeiter bedient eine Maschine mit einer gewissen Laufgeschwindigkeit. Man stellt ihm eine zweite hin, auf der er während der Laufzeit **unentgeltlich** eine von der ersten unabhängige Arbeit verrichten muß. **Mehrgewinn für die Kapitalisten: 100%!**

2. Geringfügige, billige technische Verbesserungen, z.B. Anbringen eines Schnellwechselfutters an Bohrmaschinen, Einsatz von verbesserten Spannvorrichtungen etc., **senken die Akkordzeit und zwingen den Arbeiter zu mehr Arbeit bei gleichem Lohn.**

3. Eine Arbeit wird mit einer anderen zusammengelegt oder auf mehrere andere verteilt, wobei eine Senkung der ursprünglichen Fertigungszeit herauskommt und eine Maschine für zusätzliche Arbeiten frei wird.

4. Schließlich das brutalste Mittel: Überprüfung und Senkung der Akkordzeit oder Höherstellen der Bandgeschwindigkeit.

Solche Maßnahmen erlebten wir bisher nach jeder Tarifrunde. Die Arbeitsintensität ist bis aufs Äußerste gestiegen. Das beweisen allein schon die Unfallziffern (1971 – 9,38% aller Vollarbeiter). **Das mörderische Arbeitstempo zerrüttet die Gesundheit der Arbeiter und führt immer häufiger zu Frühinvalidität und Tod.** So haben wir noch immer jede tarifliche Verbesserung mit gesteigertem Arbeitstempo bezahlt.

Fordarbeiter begannen

Die Forderung der Ford-Arbeiter "Herunter mit der Bandgeschwindigkeit" war ein erster Schlag gegen das Akkordsystem und die Kapitalisten und IGM-Führung, die es mit allen Mitteln aufrechterhalten. Im Verlauf der weiteren Arbeitskämpfe werden die Kollegen erkennen, daß die Forderung auf die gesamte Produktion ausgedehnt und zu der Losung "Weg mit der Akkordarbeit" weiterentwickelt werden muß, wie sie auch die KPD/ML aufgestellt hat. **Erst die Durchsetzung dieser Forderung wird der Arbeiterklasse wirkliche Verbesserungen bringen, indem sie die Arbeitshetze eindämmt. Erst die Zerschlagung des Kapitalismus in der proletarischen Revolution und die Errichtung des Sozialismus wird die Arbeiterklasse von jeglicher Fessel des kapitalistischen Lohnsystems befreien.**

Herabsetzung der Bandgeschwindigkeiten!

Weg mit der Akkordarbeit!

Hanau - kein Einzelfall

Profit mit Gift

Unter den Augen der Behörden hat die Hanauer Müllbeseitigungsfirma Plaumann drei Jahre lang hochgiftige Industrieabfälle gleich tonnenweise auf nichtzugelassene Deponien, in Kiesgruben, in Wäldern und in die Kanalisation abgeladen – im ganzen Bundesgebiet. Nach Angaben des Hessischen Rundfunks sind von insgesamt 60 000 t Müll knapp 1% ordnungsgemäß vernichtet worden. Darunter zum Beispiel Benzol, das Krebs erzeugt; Bromverbindungen, von denen ein Tropfen ausreicht, die Haut, das Fleisch bis auf den Knochen zu verätzen; Mengen Cyanid, die ausreichen, die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik zu vergiften. Der Chemiker Dr. Machura dazu: "Das Gefährliche an den meisten Substanzen ist, daß sie nicht abbaubar sind. Sie bleiben im Boden." – Und töten das Leben in der Natur.

So setzten am 2.Mai 1973 Chemiker Fische ins Wasser, das mit Proben von einer von Plaumann benutzten Deponie vergiftet war. Nach 5 Sekunden waren die Fische gelähmt. Nach 15 Minuten waren sie tot. Ein ehemaliger Angestellter: "Einmal war ich dabei, wie Firmenarbeiter zwei Tankwagen voller Salzsäure auf einem Industriehof in die Kanalisation abgelassen haben. Das Zeug im Grundwasser reicht aus, ganz Frankfurt auszurotten."

Ein Arbeiter über die Dämpfe, die mittlerweile aus der Kläranlage Hanau aufsteigen: "Einmal habe ich versehentlich so eine Dampfwolke abbekommen. Danach habe ich drei Wochen mit Brechdurchfall im Bett gelegen."

Obwohl inzwischen bewiesen ist, daß den Behörden Beweise für die Umweltvergiftung vorlagen, geschah drei Jahre lang nichts. Wie ist das möglich? Die Antwort ist so einfach wie brutal: Weil im kapitalistischen Westdeutschland das Streben nach Höchstprofit regiert.

Fortsetzung auf Seite 4



§ 129
Ein Angriff auf die kämpfenden Massen und die Partei

Montag, 24.9.73, München: Beginn des Prozesses gegen Rolf Pohle. Angeklagt u.a. wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" – § 129.

Mittwoch, 26.9.73, Hamburg: Eröffnung des Prozesses gegen sechs junge Leute, die ein Haus mehrere Wochen lang besetzt hielten. Angeklagt u.a. wegen § 129.

Freitag, 28.9.73, Frankfurt: Prozeßbeginn gegen Astrid Proll. Angeklagt u.a. wegen §129.

Diese Liste wird fortgesetzt werden! Schon Anfang Oktober sollte der Prozeß gegen Norbert O. und Michael Sch. beginnen, die in der längst zerschlagenen 'Gruppe Rote Fahne' Bochum arbeiteten. Der Prozeß wurde in letzter Minute verschoben.

Seit Anfang dieses Jahres ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen die KPD/ML. Sie soll eine 'Kriminelle Vereinigung' sein. Das Gleiche gilt für die Gruppe 'KPD' und für die 'Liga gegen den Imperialismus'.

Daß dieser Staat ein Instrument der Kapitalistenklasse ist, daß die Gesetze dieses Staates eigens auf die Bedürfnisse der Bourgeoisie zugeschnitten werden – dafür gibt es keinen klareren Beweis als die Staatsschutzgesetze, vor allem den § 129:

"Wer eine Vereinigung gründet, deren Zweck oder deren Tätigkeit darauf gerichtet ist, strafbare Handlungen zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder sie unterstützt, wird mit Gefängnis bestraft."

Fortsetzung auf Seite 2

Brandt vor der UNO "Friedliche Koexistenz auf (Imperialisten)-Deutsch"

Am 26. Sept. hielt Bundeskanzler Brandt auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen seine Rede zur Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO.

In der Woche zuvor hatte Scheel bereits Vorarbeit geleistet. Klar und eindeutig hatte er die Ziele und Forderungen des westdeutschen Imperialismus hinsichtlich seiner Rolle in Europa und insbesondere hinsichtlich Westberlins und der DDR dargelegt.

So machte Brandt sich mehr daran, die Aufnahme Westdeutschlands mit einem Mythos von Friedenswillen und Humanitätsstreben des westdeutschen Imperialismus zu umweben. Er kam und sprach als der 'Friedenskanzler', als Friedensnobelpreisträger Brandt.

Wichtigster Punkt für Scheel als auch für Brandt war dabei die eindeutige Feststellung, daß die Aufnahme von zwei deutschen Staaten in die UNO für die westdeutschen Imperialisten nichts Endgültiges ist.

So strich Scheel gleich zu Anfang seiner Rede heraus, warum erst jetzt der Beitritt erfolgt: "Wir machten uns Sorge, die Schranken zwischen den Menschen in Deutschland könnten durch die Mitgliedschaft beider Teile noch erhöht werden. Jetzt haben wir einen neuen Ausgangspunkt. Die beiden Staaten in Deutschland haben ihre Beziehungen zueinander durch den Grundvertrag vom 21. Dezember 72 geregelt." Im Karlsruher Urteil zum Grundvertrag aber wird ausdrücklich festgehalten, daß eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR nicht ausgesprochen und wiederholt abgelehnt worden ist.



Als 'Friedens'kanzler hatte Brandt für die Absichten der westdeutschen Imperialisten, das deutsche Reich wieder aufzubauen, natürlich schönere Worte gefunden:

"Wir werden also versuchen, friedliche Koexistenz auf deutsch zu buchstabieren. Bei der Gründlichkeit, die man unserem Volkscharakter zuweilen nachsagt, kann ich nicht versprechen, daß dies immer einfach werden wird."

Was heißt denn friedliche Koexistenz? Daß zwei Staaten in voller gegenseitiger Anerkennung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität friedliche Beziehungen zueinander pflegen.
Wie aber verträgt sich das damit, daß Brandt beansprucht, für das deutsche Volk beider Staaten zu sprechen? "Mein Volk lebt in zwei Staaten und hört doch nicht auf, sich als eine Nation zu verstehen."

Selbstverständlich hat das ganze deutsche Volk ein Recht auf seine Einheit. Aber Brandt als Vertreter der westdeutschen Imperialisten hat niemals das Recht, sich auf diesen Wunsch nach Einheit zu berufen, um auf dieser Grundlage die Herrschaft der Thyssen, Abs usw. auszudehnen.

Wie auch schon bei der Aufnahme selbst, war daher auch bei Brandts Rede die Reaktion aller UNO-Länder einhellig 'freundlich', wie 'Bild' es weis machen will.

Der große UNO-Auftritt ermutigt die Brandt-Regierung als Vertretung der westdeutschen Imperialisten zu noch energischeren Schritten, ein deutsches Reich wiederzuerrichten. Setzen wir dem unseren Kampf entgegen unter der Parole: Deutschland dem deutschen Volk! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Souveränität á la Breshnew

In einem Telegramm von Breshnew, Podgorny und Kossygin an die DDR-Führung anläßlich der UNO-Aufnahme heißt es:
"Die internationalen Positionen der Deutschen Demokratischen Republik als unabhängiger und souveräner sozialistischer Staat sind anerkannt sowie endgültig und unwiderruflich verankert."

Das ist allerdings starker Tobak. angesichts dessen, daß die SU-Führer es selbst waren, die mit Bonn den Grundlagenvertrag ausgehandelt haben, in dem eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR ausgeschlossen ist. Haben sie das vielleicht vergessen, haben sie Scheels und Brandts Rede mißverstanden?

Gewiß nicht! Ihnen geht es mit dem Telegramm darum, durch Lügen diesen Handel mit Bonn zu verdecken, ihr Gesicht zu wahren vor den Völkern der Welt, damit diese ihnen nicht um so eher ein Ende bereiten.

Nairobi

Internationale Währungskonferenz

Die diesjährige Konferenz des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbankgruppe war als'Markstein' auf dem Weg zur Neuordnung des heillos zerrütteten kapitalistischen Weltwährungssystems gedacht. Diese Zerrüttung ist ein Ausdruck der weltweiten wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Zerrüttung des imperialistischen Systems. Sie erreichte ihr Ziel nicht, deckte vielmehr die grundlegenden Widersprüche noch klarer auf. Eine Neuordnung wird notwendig, nachdem der US-Dollar, die bisherige Leitwährung, nach der sich die Kurse aller anderen kapitalistischen Währungen richteten, innerhalb kurzer Zeit von 4,20 auf 2,30 DM, um 42% gefallen war. Die Ursache dafür waren die enormen Ausgaben der US–Imperialisten für ihre militärische Unterdrückungsmaschine in aller Welt und ihr verstärkter Kapitalexport. Zur Zeit 'vagabundieren'nach unvollständigen Schätzungen rund 80 Milliarden US-Dollar in der Welt umher.

Die Grundlage der geplanten Neuordnung durch die erstarkende imperialistische Konkurrenz soll die Ablösung des US–Dollars durch ein vom IWF verwaltetes Kunstgeld sein, eine Verrechnungseinheit, die sogenannten Sonderziehungsrechte SZR, an denen die Kurse der kapitalistischen Währungen gemessen werden sollen. Bei dieser Operation geht es darum, die Belange der japanischen Imperialisten und der EG-Länder gegen den US–Imperialismus durchzusetzen.

Der Tagungsort Nairobi sollte ausdrücken, daß den Ländern der Dritten Welt 'Achtung' erwiesen wird, die unter den 126 Mitgliedstaaten des IWF die große Mehrheit bilden und die man unter dem Druck des antiimperialistischen Kampfes in der Welt widerwillig aufgenommen hatte. Gegenüber diesen Ländern formierte sich die Front der Imperialisten, die zwischen ihnen bestehenden Widersprüche wurden zurückgestellt.

Die Völker der Dritten Welt drängten darauf, daß die Weltwährungsreform mit einer Reform der Entwicklungshilfe gekoppelt wird, indem sie durch Zuteilung von SZR erfolgt. Das hätte mehr wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit für die Entwicklungsländer bedeutet, Diese Forderung wurde von den Imperialisten abgeblockt. Das Instrument dafür war die federführende Zwanzigergruppe aus elf imperialistischen und kapitalistischen Staaten und nur neun Entwicklungsländern. Die imperialistische Mehrheit in diesem Gremium, das den Reformplan bis Juli 1974 ausarbeiten soll, garantiert die Interessen der Imperialisten. Das ist der Hauptwiderspruch der Konferenz.

Daneben entwickelten sich aber auch die Widersprüche zwischen den USA auf der einen Seite und Japan und den Staaten der Europäischen Gemeinschaft, voran die Bundesrepublik und Frankreich auf der anderen Seite. **Zwar sind die US-Imperialisten nicht mehr in der Lage ihren Dollar als Leitwährung zu halten, daß heißt aber nicht,daß sie jetzt ihre Vormachtstellung gegenüber den übrigen imperialistischen Staaten aufgeben wollen.**
Deshalb weigerten sie sich auf der Konferenz, die volle Austauschbarkeit (Konvertibilität) des US-Dollars wiederherzustellen und bestanden darauf, daß die Anpassung der Währungskurse an das Kunstgeld SZR nach bestimmten Bedingungen - Indikatoren - automatisch erfolgt, z. B. danach, ob ein Land einen Devisenüberschuß hat. Das würde gerade die Kurse der EG-Währung ständig schwanken lassen, da sie durch intensiven Export ständig Devisenüberschüsse haben. Dagegen setzten sich die imperialistischen Staaten der EG erbittert zur Wehr, forderten die volle Austauschbarkeit des US-Dollars und ein System der Anpassung, nach dem unter bestimmten Bedingungen der IWF konsultiert werden muß. Von automatischer Anpassung, also weiterer Vorherrschaft des US-Imperialismus, wollten sie deshalb nichts wissen.

Die einzige Möglichkeit für die US-Imperialisten, den Dollar als Leitwährung zu halten, bestand darin, zunächst alles beim Alten zu lassen. Aus diesem Grunde verzögern sie die Weltwährungsreform. Sie soll erst 1977 in Kraft treten.

Die Konferenz macht einmal mehr klar, daß die Völker der Dritten Welt dem US-Imperialismus an allen Fronten immer energischer entgegentreten. Attackiert durch sie und von den erstarkenden imperialistischen Mächten, vor allem Japan und den EG-Ländern, zeigten die US-Imperialisten ein weiteres Mal, wie geschwächt heute ihre Position in der Welt schon ist.

Fortsetzung von Seite 1

Paragraph 129

Noch niemals, noch kein einziges Mal, wurde dieser Paragraph gegenüber einer Kriminellenbande angewendet, gegenüber einem Rauschgiftring, gegenüber einer Diebes- oder Zuhälterbande. Aber seit Jahrzehnten werden nach diesem Gesetz fortschrittliche Menschen und Kommunisten verurteilt, die für das Recht des Volkes, für den Sozialismus kämpften.
Seit Jahrzehnten werden kommunistische Organisationen nach diesem Paragraphen zu "Kriminellenbanden" abgestempelt und verurteilt – so, noch vor dem Verbot der KPD, die Massenorganisationen der Partei.

Alles hat die Kapitalistenklasse in diesem Paragraphen bedacht, er ist auslegbar und anwendbar, wie sie es gerade braucht. Spitzel der Polizei werden durch ihn gedeckt, er kann als Bestechungsinstrument gegen Mitglieder von fortschrittlichen Organisationen eingesetzt werden. Das "Kronzeugenprinzip", das sonst nirgends in den deutschen Gesetzen zu finden ist – hier wurde es eingeführt: "Das Gericht kann auf ein milderes Strafmaß erkennen, oder von einer Bestrafung nach diesen Vorschriften absehen, wenn der Täter sich freiwillig und ernsthaft bemüht, das Fortbestehen der Vereinigung oder die Begehung einer ihren Zielen entsprechenden Straftat zu verhindern..." Das heißt nichts anderes als: Wenn du dich als Spitzel einkaufen läßt, dann winkt dir Straffreiheit. Verfassungsschutzagenten haben angeklagten Genossen in der letzten Zeit ganz offen "mildere" Strafen" versprochen, wenn sie sich als Agenten gegen die Partei anwerben lassen würden.

Auch eingeschleuste Agenten Provokateure werden durch den § 129 gedeckt. Schlagender Beweis: Ruhland, der so lange in Haft blieb, wie ihn die Polizei als "wichtigen Zeugen" brauchte und dann von Bundespräsident Heinemann begnadigt wurde.

Nieder mit dem §129 !

Der § 129 ist auch kein reiner "Kommunistenparagraph". Daß er jetzt gegen die Hamburger Hausbesetzer angewandt wird, zeigt, daß die Bourgeoisie ihn immer dann hervorholt, wenn die Massen beginnen, ihren Kampf zu organisieren, wo auch nur spontane Ansätze einer Organisierung zu erkennen sind. Streikleitungen, Rote Hilfen, Gewerkschaftsoppositionelle Gruppen, sie alle können mit diesem Paragraphen zu "Kriminellenbanden" erklärt werden.

Aber nichts f[illegible]chtet die Kapitalistenklasse mehr als den organisierten Kampf der Massen unter Führung der Kommunistischen Partei. So richtet sie ihren Angriff hauptsächlich gegen die KPD/ML. Der Prozeß gegen Norbert O. und Michael Sch., der für Oktober angesetzt war, ist nichts weiter als ein hinterhältiger Versuch, die Partei zu treffen. Die rechtsopportunistische Spaltergruppe 'Rote Fahne Bochum' ist längst gelandet, wo sie hingehörte: Auf dem Misthaufen der Geschichte. Nachträglich versucht nun die Bourgeoisie, auf dem Umweg über diese zerschlagene Organisation die Partei zu treffen. In der Anklageschrift gegen die beiden werden systematisch die wenigen Punkte, in denen diese Zirkelorganisation den Prinzipien des Marxismus-Leninismus treu blieb, als "kriminell" und "staatsverleumderisch" herausgearbeitet. Das Statut der KPD/ML, die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus, sollen als "Beweis" herhalten, daß diese Organisation eine "kriminelle Vereinigung" gewesen sei.

Die Ermittlungen gegen die Partei durch die Bundesstaatsanwaltschaft zeigen, was die Bourgeoisie will: Während die revisionistische D'K'P als "staatserhaltende, legale Kommunistische Partei" hochgejubelt wird, versucht sie sich bei der KPD/ML, der kommunistischen Partei, über ihre eigenen Gesetze hinwegzusetzen. Ein Verbot als "kriminelle Vereinigung" durch den Innenminister ist einfacher als ein Verbotsprozeß vor dem Verfassungsgericht – so hoffen diese Herren.

Gegen diese schmutzige Taktik müssen wir den Kampf konsequent weiterführen. Kein Prozeß ist zu "gering", als daß wir ihn nicht als Kampffeld gegen die Klassenjustiz benützen! Keine Vernehmung, keine Personalienfeststellung, keinen Strafbefehl nehmen wir ohne Widerstand hin. Je enger wir die Partei mit den Massen verbinden, desto weniger wird es der Bourgeoisie gelingen, die KPD/ML als "kriminelle Vereinigung" vor dem Volk zu diffamieren.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612. Postscheckkonto Essen, Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert). Tel.: 0 21 41 / 22 82 59. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

IG-Metall:

Lohntarife in NRW gekündigt - Diskussion in den Betrieben beginnt!

Nachdem der IGM-Vorstand am 1o. September beschlossen hatte, die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum nächstmöglichen Termin zu kündigen, geht es in Nordrheinwestfalen jetzt los: Der laufende Tarifvertrag ist zum 31. 12. gekündigt. In Betrieben wie Krupp, Thyssen und Mannesmann wurden bereits Forderungen aufgestellt. Die Vertrauensleute bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen forderten unter anderem die vorfristige Kündigung der Tarife zum 1. Oktober, eine lineare Erhöhung der Gehälter um 23o DM sowie die Fortzahlung der Teuerungszulage von 7o DM bis zum Jahresende.



Hella-Arbeiter in Lippstadt standen mit am Anfang der Streiklawine, die in den letzten Wochen über Kapital und Gewerkschaftsführer "hereinbrach".

Mit dem letzten Abschluß von Kapital, Regierung und Gewerkschaftsführern über 8,5% konnten die Kapitalisten der Metallbranche außerordentliche Gewinne einstreichen, um ihre imperialistische Expansionspolitik finanzieren zu können.

Die Arbeitshetze wurde immer mehr verschärft, die Bänder immer schneller gestellt. Zugleich stiegen für uns Preise und Steuern in die Höhe. Ausdehnung des imperialistischen Herrschaftsbereiches durch Kapitalexport des westdeutschen Finanzkapitals, Millionen für die gleichzeitige Aufrüstung der Bundeswehr – all das wurde auf unserem Rücken finanziert.

Als die Metallarbeiter schließlich mit "wilden Streiks" sich Teuerungszulagen erkämpften, standen DGB-Gewerkschaftsführer, Regierung und Kapital geschlossen gegen die Kollegen und schickten Polizei vor.

Was ist bei den kommenden Verhandlungen von der IG-Metallführung zu erwarten?

Die D'K'P-Revisionisten verbreiten, daß die IGM-Bonzen während des "wilden Streiks nur deshalb sich gegen die Arbeiter gestellt hätten, da sie an die Friedenspflicht gebunden wären, daß die IG-M-Führer jetzt aber bei den Verhandlungen die Interessen der Arbeiter vertreten würden. **Dies Gerede der D'K'P soll nur das eigene verräterische Handeln während der Streiks rechtfertigen. Sie selbst standen mit den Gewerkschaftsführern gegen die streikenden Arbeiter.**

Vielmehr hat sich IG-Chemie-Boß Hauenschild noch einmal für die Gewerkschaftsführung ganz eindeutig gegen eigenständige Streiks der Arbeiter überhaupt gestellt: Er fürchtet, daß vom DGB-Milliarden-**Vermögen für diese Streiks künftig gezahlt werden müsse und daß durch eigenständige Streiks der Metaller "der Druck aus dem Kessel" sei für die anstehenden Verhandlungen. (siehe Handelsblatt v. 27.9.73)**

Gerade die Gewerkschaftsführer aber waren es, die während dieser Streiks ständig versuchten, "den Druck aus dem Kessel" zu kriegen. Auf dem Höhepunkt der Streiks noch nahmen sie Verhandlungen mit den Kapitalisten auf, damit die Kollegen in ihren Streiks Dampf ablassen. Was ist aus den Verhandlungen geworden, nachdem die Streiks zu Ende waren? Sie sind abgebrochen, im Sande verlaufen.

"Der Dampf im Kessel", die ungebrochene Kampfbereitschaft der Kollegen – die Streiks für einen neuen Manteltarif zeugen davon – davor fürchten die IGM-Bonzen sich auch jetzt.

Während IGM-Vertrauensleute in den Betrieben noch Forderungen von 20% stellen, spricht Loderer groß von "zweistelligen Größenordnungen" der Forderungen. Aber im Nebensatz redet er jetzt schon nur noch von einer mindestens 10-prozentigen Anhebung. Und damit ist auch schon klar, wie die Sache für die IGM-Führung enden soll, wenn wir nicht dazwischenfunken werden.

In den vergangenen Monaten handelten viele Kollegen nach der Parole: Brecht den Tariffrieden! Im Vertrauen auf die eigene Kraft führten sie den Kampf für ihre Forderungen und durchbrachen die Gesetze und Paragraphen, die ihnen entgegenstanden und wehrten sich oft handfest gegen die Polizei, die von den Kapitalisten und Gewerkschaftsführern gegen die Streikenden geschickt wurde.

Wenn die reformistischen Gewerkschaftsführer und die D'K'P-Revisionisten uns vorreden, die Arbeiter sollten in ihrem Kampf Ruhe und Ordnung bewahren und sich erst an alle Paragraphen und Verordnungen halten, sagen wir ihnen klar, daß dies i h r e Ordnung, die Ordnung des Kapitals ist, an die wir uns halten sollen, damit unser Kampf abgewürgt wird. Wenn sie uns entgegenhalten, daß der Kampf auf den Betrieb beschränkt und die Politik herausgehalten werden soll, heißt das nichts anderes, als daß sie ihre Politik, ihr Gesetz im Betrieb durchsetzen wollen. Wir müssen ihnen gerade unsere eigenen Kräfte, unsere eigene Politik, unsere klassenkämpferischen Streikleitungen und Streikposten entgegensetzen.

In vielen Betrieben haben die Kollegen bereits die Vorbereitungen für diese Tarifrunde begonnen. Dabei geht es gegenwärtig darum, die eigenen Forderungen aufzustellen, möglichst große Versammlungen einzuberufen und die Forderungen mit den Kollegen zu diskutieren und sie um diese Forderungen zusammenzuschließen.
Auf dieser Grundlage dann können wir daran gehen, den Kampf zu organisieren.



Die Forderungen der Ford-Kollegen: 1 DM mehr für alle als Teuerungszulage ist nicht erfüllt worden. Der "Druck" ist noch lange nicht "aus dem Kessel"!

IGM - Versammlungen aufgelöst

K o r r e s p o n d e n z. Vor kurzem wurde bei FKH-Bochum (Krupp) bei uns ein Informationsflugblatt der IG Metall verteilt, was ich Euch hier zuschicken will.
Die IGM tritt plötzlich mit ganz 'radikalen' Forderungen auf, wie zum Beispiel, daß alle übertariflichen Lohn- und Gehaltsbestandteile durch Vorweganhebung zu tarifieren seien. Doch das sind nur große Worte jetzt, weil die Bonzen Angst haben. Am Ende kommt der gleiche Verrat raus wie immer, wenn wir den Bonzen nicht einen Strich durch die Rechnung machen.

Am Ende des Flugblatts wird die IGM direkt unverschämt: Da steht: "WIR ERWARTEN, DASS DIESE KONZEPTION AUF BREITER BASIS DISKUTIERT WIRD."

Hierzu nur eine kurze Information: Die IGM hat in Bochum bei Krupp alle Versammlungen, Treffs usw. in der einfachen Gewerkschaftsmitgliederschaft aufgelöst. Es gibt weder Mitgliederversammlungen noch Jahresversammlungen, noch öffentliche Vertrauensleuteversammlungen noch andere öffentliche Versammlungen! Einer von den bestochenen Vertrauensleuten sagte einmal, einen solch großen Saal, den man für alle Kollegen bräuchte, gäbe es gar nicht in Bochum!
Man sieht, vor wem diese Bonzen Angst haben!

Schering:

Nach Belegschaftsversammlung - STREIK

Am 25.9. fand die Betriebsversammlung für das Werk Charlottenburg der Schering AG in West-Berlin statt. Bereits eine Stunde vor Beginn standen die Kollegen vor den Eingängen mit Plakaten und Transparenten, auf denen ihre Forderungen standen: 270 DM Teuerungszulage; 30 DM monatlich Ausgleichzulage.

Schering-Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen schafften es auch auf der Versammlung nicht, mit Sprüchen über die 'Stabilität' die Kollegen wieder an die Arbeit zu schicken. Viele sagten: mit Stabilität ist die Stabilität der Profite auf unsere Kosten gemeint – 50% der Belegschaft trat in den Streik.
Auch die offene Drohung der Kapitalisten, die Polizei zu holen, wenn die Kollegen durch die Abteilungen marschieren sollten, konnte die Aufnahme des Kampfes nicht verhindern. Mit einem wütenden Pfeifkonzert wurde der plumpe Trick beantwortet, mit Hilfe des Betriebsrats, die Streikfront zu brechen. Er verbreitete nämlich, die Kollegen, die nicht streiken würden, bekämen einen Tag Sonderurlaub. Wütend wurde eines der 'Grünen Blatter' der Betriebsleitung zerrissen, in dem die Streikenden als Pöbel beschimpft werden.



Streik in Kempten bei Liebherr

Am 25. 9. 73 traten die Arbeiter bei Liebherr in Kempten in einen drei-stündigen Streik. Sie forderten 600 DM einmalige Teuerungszulage. Sollte bei den jetzt laufenden Verhandlungen nichts heraus kommen, wollen die Kollegen erneut den Kampf aufnehmen. Die Gewerkschaftsführung fühlt sich an ihre Friedenspflicht' gebunden und hat sich von dem Streik distanziert. Das verwundert nicht, wenn man bedenkt, daß die Firma für die Dauer von zwei Jahre feste Aufträge aus der Sowjetunion besitzt, Streiks also nicht nur ihren Profit gefährden, sondern auch einen guten Kunden verärgern würden.

Hinweis

Im Artikel "Bericht aus Lip" im letzten Roten Morgen sind die beiden letzten Absätze vertauscht worden. Dadurch bekommt der Schluß einen falschen Sinn. Wir bitten, diesen und andere Layout-Fehler zu entschuldigen.

Fortsetzung von Seite 1

Profit mit Gift

Anderthalb Millionen machte Plaumann. Verbrennungsfirmen steckten pro falscher Bestätigung über sachgerechte Vernichtung 300 bis 500 DM ein. Aber das sind nur die Neureichen aus dem Geschäft mit dem Umweltschutz. Millionen und Abermillionen sparen die großen Konzerne: Degussa, Hoechst und 52 andere in diesem Fall.

Nichts kann deutlicher zeigen, nach welchen Gesetzen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung von den Kapitalisten diese Probleme betrachtet werden: allein danach, wo bei ihnen Profit herauszuschlagen ist. Das Streben nach Höchstprofit bestimmt die Interessen der einzelnen Monopole — anders können sie in der kapitalistischen Konkurrenz gar nicht bestehen. Deshalb werden unsere Flüsse zu Kloaken, steigt die Zahl der Krankheiten, verursacht durch Umweltverschmutzung und Lärm.

Wahre Ursachen der Umweltvergiftung werden vertuscht

Die Landesregierung in Hessen mit ihrem Umweltschutzminister lieferte ein Musterbeispiel dafür, daß der Staat keinen anderen Zweck hat, als diese Höchstprofite zu sichern. Vier Wochen saß Plaumann bereits in Untersuchungshaft — als die Behörden sich endlich einschalteten. Ein großer Wirbel wurde veranstaltet, — Konferenzen abgehalten, eine Sonderkommission gebildet. Kaum ein Gedanke wurde daran verwendet, wie die Müllkippen abgesichert werden könnten — sehr viele dagegen darauf, der Bevölkerung zu "beweisen", daß die großen Konzerne unschuldig sind an der Katastrophe.

Und wie immer, wenn die Empörung zu groß wird, wurde auch diesmal wieder viel von "Bestrafung" geredet. Die Höchststrafen für Umweltverschmutzung liegen momentan bei 5 Jahren Gefängnis oder 100 000 DM Geldstrafe. Abgesehen davon, daß diese Höchststrafen so gut wie nie verhängt werden — was sind ein paar Tausend Mark Strafe für einen Konzern mit Milliardenumsatz? Ein Pappenstil, den er in die Preiskalkulation schon im voraus miteinbezieht!

Stattdessen werden die Konzerne bei der Vergiftung der Umwelt unterstützt. So soll jetzt zum Beispiel bei Pflanzenschutzmitteln, die über die Felder gesprüht werden, der Gehalt an krebsfördernden Pestiziden 2,4,5-T gegenüber der Verordnung von 1966 auf das 5-fache gesteigert werden. So sprüht der Staat selbst Gift gegen die Bevölkerung. Das letzte Beispiel ist das Chloracetophon (Weißkreuz) im Tränengas der Polizei. So zerstören Bundeswehrpanzer und Starfighter die Natur. Wird der Einsatz von BASF-Napalm in Vietnam nicht nur geduldet, sondern alle Anstrengungen unternommen, um selbst in den Besitz atomarer, biologischer und chemischer Waffen zu kommen.

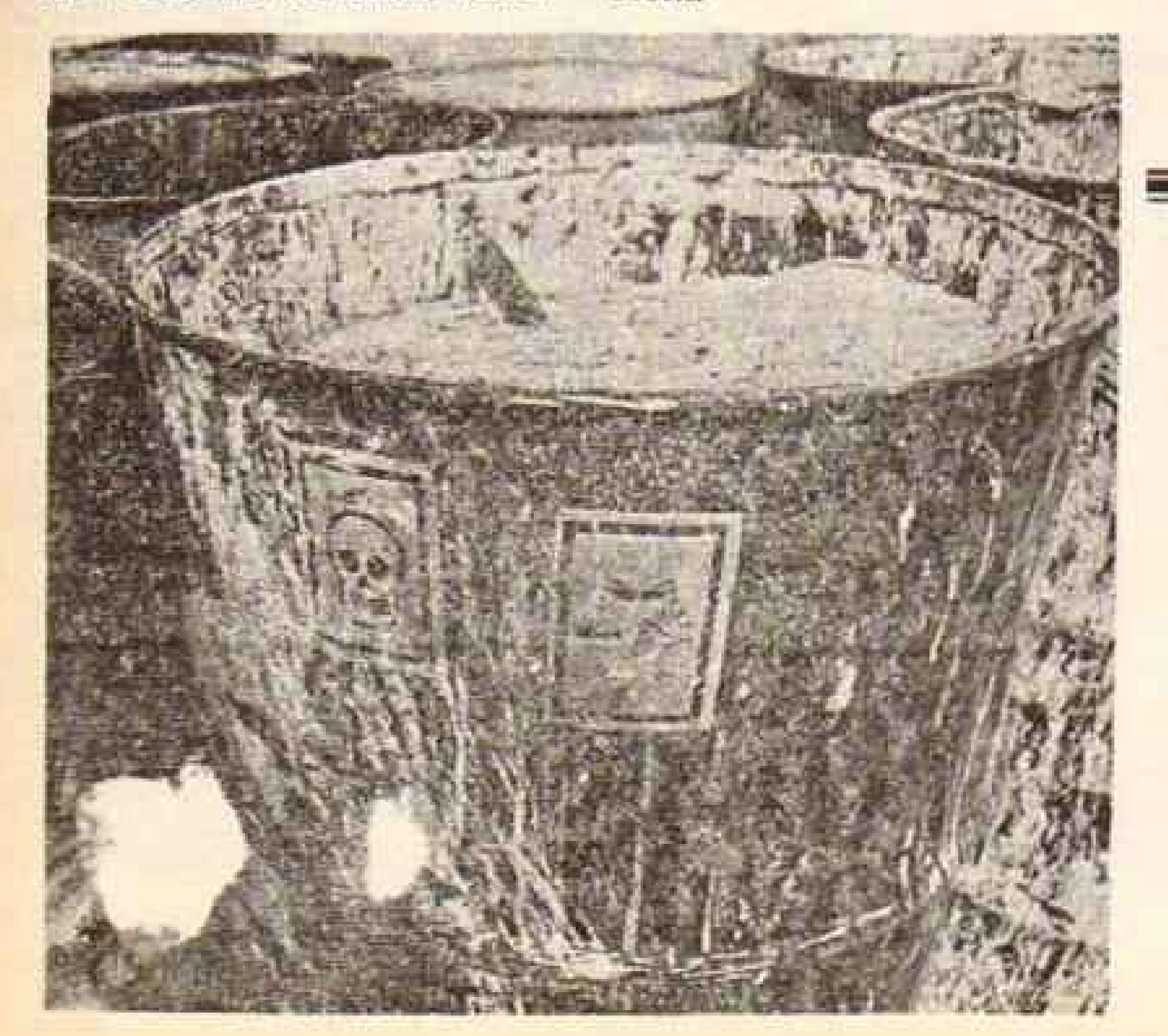
Um diese offensichtliche Verachtung des Lebens der Natur und des Volkes zu vertuschen, werden immer neue Versuche gestartet, um der Bevölkerung selbst die Schuld an der Umweltvergiftung in die Schuhe zu schieben. So beschäftigt sich eine extra eingerichtete Umweltschutzkommission in Dortmund das gesamte erste Jahr ihres Bestehens mit dem Problem des Hausbrands. Gleichzeitig erblinden Dortmunder zeitweise durch die Abgase von Hoesch. So malten in Nordhorn Schüler im Rahmen eines Umweltschutzprogramms Mülltonnen bunt an, fegten in Westberlin Kinder die Straßen. Der Gipfel dieses Zynismus ist die "Maßnahme" des Verbandes der chemischen Industrie. Ein Gesellschaftsspiel "Der grüne Planet - ein Spaß für große und kleine Leute mit ernstem Hintergrund", "Rücksicht beim Rauchen nehmen!", "Vergaser überprüfen!" - "Kofferradio leiser stellen".

Umweltvergiftung sei eine Zivilisationserscheinung. Tod durch Trinkwasser sei der Preis, den wir für Fernsehen, Kühlschrank und Auto eben zahlen müssen. So sagen nicht nur die Kapitalisten, sondern auch angesehene Wissenschaftler.

Das ist eine grobe Lüge. Nicht die Entwicklung der Technik ist schuld, sondern die Klasse, die die Macht darüber hat.

So rechnete der Müllexperte einer großen Chemiefirma dem Bundestag vor, daß sich seiner Meinung nach der Industriemüll bis zum Jahr 2000 verzehnfachen werde. Gleichzeitig erteilte er der Methode, Abfälle weiterzuverwerten, eine Absage: Sie habe erst eine Chance, wenn sich die Rohstoffknappheit vergrössere, oder die Beseitigung des Abfalls teurer werden sollte als die Wiederaufbereitung.

Hier wird die grundlegende Logik des Kapitalismus deutlich: Die Volksgesundheit oder sogar auch die Gewinnung neuer Rohstoffe, die Weiterentwicklung der Wirtschaft, sind nur unter einem einzigen Aspekt von Interesse: dem Profit.



Wirksamer Umweltschutz im sozialistischen China

Eine wirkliche Lösung aller Probleme, auch des Umweltschutzproblems, ist erst dann möglich, wenn das grundlegende Gesetz einer Gesellschaftsordnung nicht mehr dieses Streben nach Höchstprofit ist, sondern die Befriedigung der Bedürfnisse der Massen. Um eine solche Gesellschaftsordnung zu errichten, muß die Kapitalistenklasse gestürzt werden. Auf den Trümmern ihres Staates muß die Arbeiterklasse unter Führung der Partei ihren eigenen Staat errichten.

Das ist in den sozialistischen Staaten der Fall. Darum kann in der Volksrepublik China und in der Volksrepublik Albanien das Umweltschutzproblem zum Nutzen des ganzen Volkes gelöst werden.

So wurden 1971 in Schanghai über 6500 t von mehr als 2o edlen und seltenen Metallen aus Industrieabfällen gewonnen. Über eine Million t Farbstoff, Säure und Kunstdünger wurden aus Abfällen hergestellt.

Diese Erfolge waren möglich, weil in einem sozialistischen Staat — frei von den Fesseln des Kapitals — die Massen ihre Schöpferkraft frei entfalten können. Wenn hier Arbeiter Vorschläge machen, wie die Produktion verbessert, wie der Umweltschmutz nutzbringend verwendet werden kann, können sie auf die Unterstützung von den Ingenieuren im Betrieb bis hin zur Staatsführung rechnen. **Denn es ist ein Staat, in dem nicht der Wille des Kapitals Gesetz ist. Von den Verwaltungen der Gemeinden bis hin zur Armee ist dieser Staat im Gegenteil dazu da, die Interessen der Massen gegen die Kapitalistenklasse und ihre verschiedenen Agenturen zu schützen.** Das Proletariat weiß, es hat in seiner Partei, der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens, eine wachsame Führung, die für die Interessen der Massen kämpft.

So hat die KP Chinas die einzelnen Initiativen in den Betrieben aufgegriffen und unter der Parole "Schädliches in Nützliches verwandeln" eine breite Kampagne für den Umweltschutz unter den Massen entfacht. Solche Kampagnen nützen der Volksgesundheit. Neue Produktivkräfte werden dabei entwickelt. Vor allem aber lernen die Menschen, vom einfachen Arbeiter und Bauern bis zum Wissenschaftler. Sie eignen sich dabei technisches Wissen und Fähigkeiten an, die für den Arbeiter in einem kapitalistischen Land undenkbar sind. Vor allem aber stärken diese Kampagnen die gemeinsame Front für den Aufbau des Sozialismus, schmieden Partei und Massen immer enger zusammen.



Aus einem gifthaltigen Abwasser gewinnt das Shanghaier pharmazeutische Werk Nr. 6 ein Mittel zur Verhütung von Reisbrand, das bei den Bauern großen Beifall findet.

Revolutionärer Kampf gegen Zerstörung des Lebens

Auch die Massen bei uns gehen daran, den Kampf gegen die Umweltverschmutzung, gegen Lärm und die Zerstörung der Natur aufzunehmen. In der Stadt wie auf dem Land. Die Breite dieser Bewegung und ihre Militanz nimmt zu. Denn das Volk liebt seine Heimat, Es hat ein Interesse daran, die Schätze der Natur, die Gesundheit des Volkes und den wirtschaftlichen Reichtum zu erhalten und zu fördern.

Die Ziele dieser Bewegung richten sich objektiv gegen das kapitalistische System. Denn die Kapitalistenklasse und ihr Staat können diese Wünsche der Massen nicht befriedigen, weil sie die Grundlage ihrer Existenz, die Jagd nach dem Profit, nicht aufgeben können. Deshalb werden wir auch immer mehr von den Kämpfenden überzeugen können, daß unter der Führung der Partei der Kampf für den Sturz dieses Systems geführt werden muß.

Fluglotsen kämpfen weiter

Nachdem nach über drei Monaten ununterbrochenen "Bummelstreiks" der Fluglotsen für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Gehalt und vor allem mehr Flugsicherheit ihr Kampfgeist nicht gebrochen ist, versuchen es Staat und Bourgeoisie wieder einmal mit Verleumdung, Drohung und Justizterror. In einer halbseitigen Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen vom 29.9.73 wirft die Deutsche Lufthansa den Fluglotsen "Gefährdung Tausender von Arbeitsplätzen", "Verursachung von Millionenschäden" und "Infragestellung der rechtsstaatlichen Ordnung dieser Demokratie" vor. Kein Wort davon, daß gerade die "rechtsstaatliche" Bundesregierung die berechtigten Forderungen der Fluglotsen nicht erfüllt und damit die Fortdauer des Streiks verursacht. Der Chef der Deutschen Zentrale für Touristik DZT, ein Herr Spazier, hat gegen die Fluglotsen Strafantrag wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung gestellt, nachdem seine Maschine zweieinhalb Stunden auf dem Rollfeld hatte warten müssen und er einen "Kollaps" erlitt. Dem geben die Fluglotsen die richtige Antwort: **"Die Kollegen sind nicht bereit, vor Erfüllung ihrer Forderungen zu ihrem überhöhten Einsatz zurückzukehren."**

Revisionistisches

Die richtige Antwort

Die Sozialimperialisten beklagen sich in einer der letzten Nummern der "Iswestija" über "völlig ungerechtfertigte Kritik" aus den arabischen Ländern. Nie, behauptet Iswestija, werde die Sowjetunion "in ihrem Kampf um die Bereinigung der Folgen der israelischen Aggression und für die nationale Befreiung" nachlassen.

Das sind ihre Worte. Die jüngsten Ereignisse in Syrien zeigen, wie ihre Taten aussehen. Hier weigert sich die Sowjetunion beharrlich, ihre in Syrien befindlichen Raketenabwehrstellungen vom Typ "Sam" gegen die israelischen Aggressoren einzusetzen. Über den Einsatz soll erst dann wieder verhandelt werden, wenn Syrien einen Freundschaftsvertrag über 15 Jahre Dauer mit der Sowjetunion unterzeichnet.

Für den Charakter solcher "Freundschaftsverträge" gibt heute Indien ein abschreckendes Beispiel für alle Völker. Dort beherrscht heute die Sowjetunion die wichtigsten Produktionszweige, Teile der Produktion sind völlig nach sowjetischem Bedarf ausgerichtet. Indiens Schulden an andere Länder betragen mittlerweile schon 1o Millionen Dollar.

Ohne Geschäft keine Hilfe — das ist das Motto der sozialimperialistischen Freundschaft.

Doch Syrien ist nicht bereit, sich mit Haut und Haar an die Sowjetunion zu verkaufen. Die Antwort auf die dauernden Erpressungsmanöver ist die Verhängung von scharfen Kontrollen über die russischen Militärberater in System

Gitarre statt Gewehr

Die D'K'P veranstaltet in München ein 'Solidaritätskonzert' mit dem chilenischen Volk. Zu einem Zeitpunkt, wo die revolutionären chilenischen Arbeitern und Bauern mit dem Gewehr in der Hand gegen die in- und ausländischen Unterdrücker kämpfen, lassen die D'K'P-Revisionisten auf ihrem Werbeplakat einen Chilenen eine Gitarre durch die Luft schwingen. Auch eine Möglichkeit, den 'friedlichen Übergang' zu demonstrieren. So hoffen die Revisionistenhäuptlinge, durch süßliche südamerikanische Saitenklänge und Bierstimmung, die aufgebrachten Massen einzulullen.



DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Lernen wir vom X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas



Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk

Im neuen Statut der Kommunistischen Partei Chinas, das vom 1o. Parteitag beschlossen wurde, heißt es: "Die leitenden Parteiorgane aller Ebenen sollen gemäß den Voraussetzungen für die Fortsetzer der revolutionären Sache des Proletariats und in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Dreierverbindung von Älteren, Mittelaltrigen und Jüngeren durch demokratische Konsultationen gewählt werden."

24 Jahre sind in China seit der Revolution vergangen. Aber der Aufbau des Sozialismus ist noch lange nicht beendet. Junge Menschen müssen diesen Kampf fortsetzen – junge Menschen, die erst nach der Revolution geboren wurden und die Ausbeutergesellschaft nur aus den Erzählungen der Alten kennen.

Jung und alt – das ist ein Widerspruch im Volk, der in der VR China gelöst werden muß. Die Jugend muß zum Fortsetzer der Revolution erzogen werden. Im gemeinsamen Kampf mit den älteren Kadern müssen die jungen Parteigenossen zu erfahrenen Kämpfern gestählt werden.
Die Bourgeoisie hat diesen Widerspruch sehr gut erkannt. In den letzten Monaten spekuliert die bürgerliche Presse immer wieder auf die 'junge Generation', die dort heranwächst. Sie versucht, einen Keil zwischen Jung und Alt zu treiben, um die gemeinsame Kampffront zu schwächen und die Volksrepublik auf den Weg des Kapitalismus zurückzuzerren. Hier wie überall versuchen Kapitalisten und Revisionisten, Widersprüche im Volk zu ihrem Vorteil auszunutzen, die Unterschiede zwischen den Volksschichten zu vertiefen, den geschlossenen Kampf zu spalten. Denn Sozialismus – das heißt noch nicht, daß Klassen beseitigt und Volksschichten verschwunden sind.

Selbst der Widerspruch zwischen dem Volk und den ehemaligen Ausbeutern besteht nach wie vor. Kapitalisten und Großgrundbesitzer wurden in der Revolution zwar gestürzt und enteignet, als Klasse bestehen sie nach wie vor. Immer wieder versuchen sie, die politische Macht zurückzuerobern und die Diktatur des Proletariats zu zerschlagen. Dieser antagonistische Widerspruch zwischen den Volksmassen und den ehemaligen Ausbeutern kann nur mit dem Mittel des erbarmungslosen Kampfes gelöst werden. Nur die Zerschlagung aller Renegatencliquen vom Schlag Liu Schao-Tschis und Lin Biaos, durch die bewaffnete Volksmacht kann diesen Widerspruch lösen. Gleichzeitig muß das Volk gewappnet werden vor den schädlichen ideologischen Einflüssen dieser Verräter.

Wie aber sind die Widersprüche im Volk zu lösen, die sich auch in der Partei widerspiegeln? Wie kann man Arbeiter, Bauern und Studenten, alte und junge Menschen zu einer Kampffront zusammenschliessen, trotz der Unterschiede, die zwischen ihnen bestehen? Für die Revolution und den Aufbau des Sozialismus ist das eine Kernfrage. Die Geschichte beweist immer wieder, daß einzelne Volksschichten, die objektiv ein Interesse an der Revolution haben, sich auf die Seite der Kapitalisten schlagen, wenn diese Widersprüche nicht richtig gelöst werden. So meldeten sich z.B. in den 20-ger Jahren Tausende Studenten freiwillig zu den Armeen Noskes, um die streikenden Arbeiter zu bekämpfen.

Mao Tsetung hat uns gezeigt, daß die Widersprüche im Volk nicht antagonistisch sind. Die Partei muß sie mit der Methode der geduldigen Erziehung und Überzeugung lösen, wenn sie verhindern will, daß sie sich in antagonistische Widersprüche verwandeln. Mit dieser Methode hat die KP Chinas große Erfolge errungen. Sie hat Arbeiter, Bauern und Studenten eng zusammengeschlossen. Arbeiter und Bauern etwa arbeiten heute in China zusammen bei der Planung der Produktion, tauschen Erfahrungen aus, beraten sich gegenseitig. Ingenieure arbeiten selbst mit in den Fabriken und in der Landwirtschaft und verbinden ihr Studium mit praktischer Erfahrung; gleichzeitig werden Techniker aus den Reihen der Arbeiterklasse herangebildet. Die KP Chinas hat die Massen bei der Lösung dieser Widersprüche geführt und gleichzeitig von ihnen gelernt, ihre Erfahrungen aufgenommen und wieder in praktische Taten umgesetzt.

Fortsetzer der Revolution heranbilden!

In den verschiedenen Phasen der Revolution treten verschiedene Widersprüche im Volk in den Vordergrund. So mußte die KP Chinas z.B. am Anfang dem Widerspruch zwischen Arbeitern und Bauern besondere Beachtung schenken, denn China war ein Agrarland, die Industrie nur schwach entwickelt. Als dann Liu Schaotschi versuchte, die führende Rolle der Partei zu zerschlagen, galt es, die Partei, die Volksmassen und die Volksarmee noch enger zusammenzuschließen.

Der 10. Parteitag hat einen anderen Widerspruch hervorgehoben: den zwischen jung und alt, zwischen erfahrenen, älteren Kämpfern und jungen Genossen, die die Revolution fortsetzen sollen. Dieser Widerspruch muß vor allem in der Partei selbst gelöst werden. Wenn die Partei die Volksrepublik China weiter auf dem Weg des Sozialismus führen will, dann muß sie aus jungen Genossen Kader heranziehen, die die Sache der Revolution weiterführen können. Der Wunsch der Parteikader, diesen Widerspruch zu lösen, ist groß: "Bei den Diskussionen über die Abänderung des Parteistatuts äußerten viele ältere Genossen den heißen Wunsch nach noch besserer Arbeit für die Heranbildung von Fortsetzern, damit Menschen vorhanden sind, die die von unserer Partei unter Führung des Vorsitzenden begonnene revolutionäre Sache des Proletariats fortsetzen. Viele jüngere Genossen ihrerseits brachten enthusiastisch zum Ausdruck, daß sie von den Vorzügen der alten Funktionäre, die sich in jahrelangen revolutionären Kriegen und in revolutionären Kämpfen gestählt haben und reiche Erfahrungen besitzen, bescheiden lernen wollen, strenge Anforderungen an sich selbst stellen und sich darum bemühen werden, die Revolution aufs Beste fortzusetzen.' (Wang Hung-Wen).

Auch bei der Lösung dieses Widerspruchs hat die Partei die Massen geführt und von ihnen gelernt: "Die im Laufe der Großen Proletarischen Kulturrevolution von den breiten Massen ausgearbeiteten Erfahrungen der Dreierverbindungen von Älteren, Mittelaltrigen und Jüngeren hat uns günstige Bedingungen geschaffen, gemäß den vom Vorsitzenden Mao aufgestellten Volkskriterien Millionen Fortsetzer der revolutionären Sache des Proletariats heranzuziehen." (Tschou En-Lai).

X.Parteitag der KP Chinas–

In aller Welt mit Begeisterung begrüsst

Nicht nur in der Volkrepublik China, sondern überall in der Welt hat die Nachricht vom erfolgreichen Abschluß des 10. Parteitages großen Jubel ausgelöst.

Grußtelegramme aus aller Welt, aus England, Frankreich, Italien, Vietnam, Chile, sind beim ZK der KP Chinas eingetroffen. Die Dokumente des 10. Parteitages wurden überall eiligst gedruckt,um die Richtlinien besser studieren und anwenden zu können. Genosse Enver Hoxha hat in seiner Grußbotschaft die Gefühle aller fortschrittlichen und revolutionären Menschen über den 10. Parteitag ausgedrückt:

"Diese großen Siege, die zugleich unsere Siege, die Siege der ganzen fortschrittlichen Menschheit sind, freudig begrüßend, drückt unsere Partei die unerschütterliche Überzeugung aus, daß der 10. Parteitag der KP China, der stattfand im Licht der Ideen des Genossen Mao Tsetung und unter seiner persönlichen Leitung, noch breitere Perspektiven für den sozialistischen Aufbau und die allseitige Stärkung der Volksrepublik China, eröffnen wird."

Guinea-Bissau:

Unabhängigkeit ausgerufen



Die Völker von Guinea-Bissau, Mozambique und Angola kämpfen mutig gegen die portugisischen Kolonialherrscher für nationale Unabhängigkeit. Das Bild zeigt Kämpfer der Frelimo bei der Ausbildung.

Nach langem, hartnäckigem Befreiungskampf gegen die portugiesischen Kolonailisten hat die Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau, PAIGC, am 25.September die unabhängige Republik Guinea-Bissau ausgerufen. In den mehrjahrigen, heldenhaften Kämpfen hat sie sich bis jetzt rund 80% des Territoriums dieser ehemaligen portugiesischen Kolonie von den Truppen des faschistischen Regimes Caetano befreit. **Nach Meldungen von Radio Tirana hat inzwischen eine verfassungsgebende Versammlung stattgefunden und die Verfassung der neuen Republik angenommen.** Die Republik Guinea-Bissau ist bis jetzt von 11 Staaten, darunter den meisten Staaten Afrikas, Syrien und Jugoslawien, anerkannt worden. Weitere Anerkennungen stehen bevor.

Damit ist der Befreiungskampf gegen die portugiesischen Faschisten noch nicht beendet, aber ein wichtiger Schritt zum endgültigen Sieg über die portugiesische Unterdrükkung getan.

Reaktionäre Cliquenwirtschaft in der Bundeswehr

Auf einem Truppenübungsplatz prahlte der Rekrut Michael, genannt Süßholz, mit seinen politischen Aktivitäten. Aufmerksam geworden fragte Feldwebel T. den Rekruten, für welche Richtung er sich denn engagiere. Dieser erzählte von seiner Parteiarbeit in der CDU. Süßholz ist Mitglied des Stadtjugendringes in Mainz, Mitglied des Landesverbandes der Jungen Union in Rheinland-Pfalz und im ev. Arbeitskreis der CDU sowie Landesvorsitzender des JU-Schülerverbandes. Nebenbei erwähnte er, daß er auf Grund seiner politischen Verpflichtungen gern von seiner jetzigen Einheit versetzt werden würde.

Feldwebel T., selbst CDU-Mitglied, bekundete seine Sympathie, schoß eine Breitseite gegen die Kommunisten und versprach Hilfe. Noch am gleichen Tag besprach sich Feldwebel T. mit Oberleutnant D. (ebenfalls CDU-Mitglied) und Hauptmann G. Dieser setzte ein Schreiben an die Division auf, in dem er Süßholz positive staatsbürgerliche Aktivitäten attestierte und um umgehende Genehmigung des Versetzungsgesuches bat. **Bereits nach drei Tagen kam die positive Antwort. Die CDU in Mainz erhielt einen weiteren Streiter gegen die Arbeiterklasse.**



Sechs Wochen vorher hatte ein anderer Rekrut seine Versetzung beantragt: die Frau des jungverheirateten Rekruten war schwer erkrankt, wirtschaftliche Schwierigkeiten kamen dazu. Diese Gründe reichten nach Meinung des Hauptmann G. nicht aus, um einer Versetzung stattzugeben.

So bewies die Bundeswehrführung wieder einmal, was hinter ihrem Gerede von der Demokratie in der Bundeswehr, vom 'Bürger in Uniform' steckt: der einfache Soldat hat in der Armee so wenig Rechte wie im Betrieb auch, die Vertreter der herrschenden Klasse führen ihr Regiment in der Bundeswehr wie überall.

Daher ist es kein Wunder, daß auch hier die schärfsten Angriffe gegen fortschrittliche und marxistisch-leninistische Kräfte gehen:

So wurde einem Gefreiten in der Kompanie der Spind innerhalb von zwei Tagen dreimal bis auf die letzte Socke leergeputzt, um 'subversives Material' zu finden. Nach stundenlangen Verhören wurde der Soldat schließlich zu 10 Tagen Knast auf Bewährung verknackt. Das nur, weil man ihm nachweisen konnte, daß er einen Roten Morgen verkauft hatte.

In der Armee stehen sich eben die Interessen des Kapitals und der werktätigen Massen genauso unversöhnlich gegenüber wie im Betrieb und in anderen Lebensbereichen auch. Arbeiter und Soldaten haben den gleichen Feind.

Rote Hilfe Veranstaltung verboten - Oberregierungsrat als Saalschützer

Mit Wandzeitungen, Roter-Morgen-Verkauf und Literaturständen hat der KSB/ML in Gießen die Agitation unter den Studenten aufgenommen, die mit diesem Wintersemester ihr Studium aufnehmen werden. Da die Genossen nicht unter sich blieben, sondern auf viel Interesse stießen, setzte sich die Bourgeoisie zur Wehr: Flugblattverteiler wurden behindert, ein offizielles Plakatierungsverbot wurde erlassen. Im Hauptgebäude, wo die neuen Studenten sich anmelden müssen, wurden die Buchläden verboten.

Als sie trotzdem aufgebaut wurden, versuchte ein Trupp von Reaktionären — allen voran Oberregierungsrat Kübel und der Vizepräsident der Universität, Weberling — einen Stand des KSV, der ebenfalls dort auftrat, niederzureißen. Ein Student, der gegen einen Photographen der Uni-Bürokratie vorgegangen war, wurde durch die ganze Stadt verfolgt. Photographierende Vertreter der Studenten allerdings waren nicht erwünscht: der AStA-Vorsitzende erhielt Hausverbot, weil er die Prügelszenen fotografiert hatte.

Damit nicht genug. Als die Rote Hilfe einen Saal in der Universität mieten wollte, um eine Veranstaltung unter dem Thema: Solidarität mit den Genossen der RAF — Freiheit für alle politischen Gefangenen! abzuhalten, wurde ihr der Saal verweigert. Begründung: Die Rote Hilfe ist keine studentische Organisation.

Als dann der KSB/ML einen Saal für die Rote-Hilfe-Veranstaltung mietete, standen einige Herren der Universität, Kübel wieder unter ihnen, als Saalschutz vor der Tür. **Hier konnte man auch die wahre Begründung für das Saalverbot erfahren: die Universitätsleitung hatte Anweisung von der Bonner Regierung, in Zukunft schärfer gegen Organisationen vorzugehen, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.** Da in dem Flugblatt der Roten Hilfe Brandt und Genscher angegriffen worden waren, sollte es für sie keinen Platz mehr an der Uni geben.

Diesmal konnten die Herren durch ein Überrumpelungsmanöver noch verhindern, daß sich der Saal trotzdem füllte. Der KSB/ML Giessen wird sich dafür einsetzen, daß die nächsten Unterdrückungsversuche auf angemessenen Widerstand stoßen.

Geringschätzung des nationalen Befreiungskampfs - Spaltung der internationalen Front gegen die Supermächte

Unter dem Titel "Über Öl wurde nicht gesprochen!" veröffentlichte die 'Rote Fahne' der sogenannten 'KPD' einen Kommentar zur Konferenz der blockfreien Länder in Algier (RF Nr.37). Wie auch in der Stellungnahme zu Chile schätzen die 'KPD'-Führer auch in Hinsicht auf diese Konferenz die Bedeutung des nationalen Befreiungskampfes gegen den Imperialismus, vor allem gegen das Komplott der Supermächte, gering. Damit schaden sie diesem Kampf und stärken objektiv die Hauptgefahr in der Welt, das Komplott der Supermächte.

In dem Kommentar der 'Roten Fahne' heißt es: "Aber nicht die Tatsache, daß sich die Regierungschefs der in Hunger und Elend lebenden Hälfte der Menschheit versammelten, zeichnete diese Konferenz aus, sondern daß die Mehrheit von ihnen keinerlei Regungen zeigte, die Verelendung ihrer Völker aufzuhalten." Die 'KPD'-Führer gehen gar so weit, allgemein festzustellen: "Die Vertreter der nationalen Bourgeoisien ... sind jetzt, wo sie selbst fest im Sattel sitzen und in das große Geschäft mit den Imperialisten eingestiegen sind, nicht einmal mehr zu symbolischen Aktionen bereit."

Die 'KPD'-Führer leugnen, daß die Widersprüche in der Welt sich verschärfen, daß der Kampf der unterdrückten Völker für nationale Befreiung immer stärker wird. Tatsächlich aber ist eben diese Konferenz der blockfreien Länder Ausdruck dafür gewesen, daß die Haupttendenz in der Welt Revolution ist.

Hat es dort etwa keinen Kampf darum gegeben, ob man der Festlegung der Sozialimperialisten folgt, und die Welt einteilt in „das Lager des Fortschritts" (SU-Imperialismus und seine Vasallen) und das „Lager der Reaktion" — oder ob man den Trennungsstrich auch gegen die Sozialimperialisten in Moskau zieht und die Welt in arme und reiche Nationen einteilt? Ausdrücklich ist von Präsident Bourgiba aus Tunesien, von Ghadafi, Sihanouk usw. festgestellt worden, daß der USA-Imperialismus und der SU-Imperialismus zur Zusammenarbeit gegen die Völker der Welt und die unterdrückten Nationen übergegangen ist!

Indem die 'KPD'-Führer diese Länder aus der Front gegen die Supermächte ausschließen, betreiben sie die Spaltung der weltweiten Bewegung gegen Imperialismus. Und das ist kein Zufall.

Seit jeher haben die 'KPD'-Führer gegen die KP Ch polemisiert und die Theorie der Supermächte abgelehnt. Sie weisen zurück, daß die kleinen und mittleren Länder sich gegen die Allianz der Supermächte zusammenschließen müssen.

Nur auf diesem Boden des Opportunismus, der gegen den Marxismus-Leninismus und die marxistisch-leninistische Generallinie steht, kann sich eine Arroganz entwickeln, wie sie in einem Artikel zum X. Parteitag der KP Ch (in derselben Ausgabe der RF) zum Ausdruck kommt. Dort wiederholen sie ihre Feststellung: "...die Mehrzahl der Kader der KP Chinas (hat sich) zwar im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus gestählt, besitzt aber nur fragmentarische Kenntnisse der Theorie des Marxismus-Leninismus." Und diese Feststellung suchen sie auch noch den chinesischen Genossen in den Mund zu schieben!

Dieses Abweichen von der korrekten marxistisch-leninistischen Linie des proletarischen Internationalismus — damit werden die 'KPD'-Führer nicht durchkommen. Vielmehr wird das dazu führen, daß sich die ehrlichen Mitglieder dieser Organisation von ihren opportunistischen Führern lossagen und sich hinter die Positionen des Marxismus-Leninismus, in unserem Land hinter die KPD/ML, stellen werden.



Chile: Volkskrieg gegen die Junta

Seit dem Putsch der Junta nimmt der Kampf des Volkes gegen die faschistische Militärdiktatur von Tag zu Tag an Heftigkeit zu. Die blutigen Maßnahmen der Junta, wie Großrazzien, Bücherverbrennungen, KZ, Folterungen und Massenerschießungen von 40 und mehr Gefangenen sollen den Aufbau eines faschistischen Staates absichern.
Aber sie schüren nur den Haß des Volkes und stärken seinen Kampfgeist. Infolge des bewaffneten Volkskampfes ist die Junta nicht unumschränkter Herr in allen Regionen Chiles geworden.

Die Nachrichten über die Kämpfe kommen nicht von den kämpfenden Verbänden des Volkes, überwiegend liegen nur die zensierten und verstümmelten Nachrichten der Junta und zufällige Informationen ausländischer Journalisten vor. Aber schon diese Nachrichten geben genügend Hinweise über die Ausmaß der Kämpfe.

Sie zeigen vor allem, daß der bewaffnete Kampf vom Süden auf alle Teile des Landes übergegriffen hat. So wurde aus Antofagasta in Nordchile die Entdeckung eines Waffenlagers mit 2 000 Sprengkörpern berichtet. Die Junta gibt in diesem Zusammenhang bekannt, daß sie höchstens ein Drittel der Waffen ihrer Gegner entdeckt habe und daß sie noch immer nichts über den Verbleib von 500 Kraftfahrzeugen des staatlichen Fuhrparks weiß. Das Bestehen von Guerilla-Lagern der Juntagegner wird aus Los Alamos im Süden und Puento Alto bei Santiago gemeldet. Heftige Feuergefechte zwischen Arbeitern und Soldaten ereigneten sich in Vina del Mar. **Zu einer machtvollen Demonstration gegen die Junta geriet das Begräbnis des Dichters Pablo Neruda, bei dem mit erhobener Faust die Internationale gesungen wurde.** Wegen des befürchteten Widerstandes und der internationalen Bedeutung Nerudas wagte es das Militär nicht einzugreifen.

Der deutlichste Hinweis auf das Ausmaß der Kämpfe ist die von der Junta bekanntgegebene Operation von 4000 Soldaten (ein Regiment) gegen sechshundert bewaffnete Arbeiter in den Bergen bei Punguipuli in der Provinz Valdivia in Südchile.

Aufgrund dieser Nachrichten spricht die bürgerliche Presse auch nicht mehr einfach vom Widerstand gegen die Junta, sondern äußert die Befürchtung, daß sich Chile zum **lateinamerikanischen Vietnam entwickelt.**

Mordprozess in Wuppertal: Gestapo -Methoden

Korrespondenz. Am 20. Juli 1972 wurde in einem einsamen Tal in der Nähe von Wuppertal eine Frau von einem Unbekannten erschossen.
Als zu 98,9% schuldig wird der Schornsteinfeger Wiegand verhaftet und seitdem in Untersuchungshaft gehalten. Er selbst beteuerte von Anfang an seine Unschuld.

Doch für das Gericht zählen die Aussagen des Angeklagten nicht. Es verläßt sich allein auf das Ergebnis einer Spurenuntersuchung und droht mit deren Ergebnis — 98,9% Schuld Wiegands — den Entlastungszeugen: Während des Prozesses antwortet eine Zeugin auf eine indiskrete, nicht zur Sache gehörige Frage: "Das weiß ich nicht, so." Sie erhält dafür 2 Tage Haft, "wegen ungebührlichen Benehmens vor Gericht". Übrigens nicht die einzige Ordnungsstrafe, die gegen Zeugen verhängt wurde.

Wie das Gericht darauf reagiert, wenn der Angeklagte von seinem Recht Gebrauch macht, Fragen an die Zeugen zu stellen, schildert der Leserbrief eines Zuschauers an die Neue Rheinische Zeitung vom 2o. 9.73: "Wörtlich der Richter zum Angeklagten: 'Ziehen Sie hier keine Schau ab, sonst verfahren wir anders mit Ihnen. — Wir sperren Sie in eine kahle Arrestzelle.'"

Aber das Gericht schaffte es mit diesen Methoden nicht, den Angeklagten einzuschüchtern, stattdessen macht es vielen Zuschauern klar, daß hier nicht in ihrem, des Volkes Namen, Gericht gesprochen wird. Der Zuschauer fährt in seinem Brief fort: "Beim Lesen dieser Zeilen wurde wieder vieles in mir aufgerüttelt und neu geweckt. Gerade die ausgesprochene Drohung des Richters erinnert mich an SS und Gestapo vor allem aber an den "Volksgerichtshof", an seinen Vorsitzenden Roland Freisler..."

Der Schornsteinfeger Wiegand ist von der Anklage freigesprochen worden. Zu viele Zeugen bestätigten sein Alibi. Die Bevölkerung des Dorfes, aus dem Wiegand kommt, feierte seinen Freispruch stürmisch. Dem Gericht gegenüber dagegen verhielt sie sich feindlich, wie der Wuppertaler Generalanzeiger berichtet...

RAF-Prozesse

Justiz- und Polizeiterror in Westdeutschland

28 Monate saß Astrid Proll in Untersuchungshaft, 21 Monate Rolf Pohle, mehr als 2 Jahre Marianne Herzog. Folter und Unterdrückung in den Gefängnissen: Karl-Heinz Dellwo, beteiligt an der Hausbesetzung in Hamburg, wird in der Haft gefesselt gehalten. Strenge Isolierhaft für politische Gefangene. Das heißt: Kein Kontakt nach außen, kein Kontakt zu anderen Gefangenen, oft sogar Schallisolierung – obwohl wissenschaftlich erwiesen ist, daß totale Isolierung schon nach wenigen Tagen schwere physische und psychische Schäden verursacht.



MIT ERHOBENER FAUST GRÜSST die Angeklagte Astrid Proll die Zuhörer im Saal

In den Prozessen, die in der letzten Woche begonnen haben, setzt die Klassenjustiz den Terror der Polizei und der Gefängnisse fort;

Strenge Isolierung der Gerichte: Der Justizpalast in München, wo gegen Pohle verhandelt wird, ist vollkommen zugebaut, die Fenster bemalt, von Polizeiwachen umstellt. In Sindlingen – Prozeßort gegen Astrid Proll und Marianne Herzog – wurde ein Kulturbunker in ein schwergepanzertes Gericht verwandelt – so leicht sind die 'Kultur'-häuser der Bourgeoisie umzufunktionieren! Zuschauer werden nach Waffen durchsucht, dürfen nicht einmal eine Plastiktüte mit ins Gericht nehmen. Aber bis auf die Zähne bewaffnete Polizisten in Zivil sitzen auf jeder Bank – kein Richter hat bisher die Anträge der Verteidiger genehmigt, diese bewaffneten Banden aus dem Saal zu entfernen. Fotografier- und Mitschreibeverbot für die Zuschauer – aber niemand hindert Reporter und Zivilpolizisten, Bilder aufzunehmen für die Polizeikartei. Der Staatsanwalt im Pohle-Prozeß beschimpft die Öffentlichkeit als 'Pöbel' – verhaftet aber werden Zuschauer, die sich darüber empören. Der Staatsanwalt prügelt Pohles Verteidiger – festgenommen und angezeigt wird der Rechtsanwalt.

Wird hier 'Recht' gesprochen? Wird hier 'im Namen des Volkes' die 'Wahrheit und Gerechtigkeit' gesucht? Hier soll mit den brutalsten Einschüchterungsmethoden der Widerstand gegen die politischen Prozesse in Westdeutschland zusammengeschlagen, hier sollen revolutionäre Menschen körperlich und geistig liquidiert werden.

Die Bourgeoisie versucht, die Genossen der Roten Armee Fraktion und andere revolutionäre Menschen als 'Kriminelle' zu verurteilen. Die D'K'P und neorevisionistische Spaltergruppen wie der Münchner 'Arbeiterbund' stoßen eifrig ins gleiche Horn. Aber die Prozesse, die in der letzten Woche begonnen haben, zeigen, daß die Kommunisten recht haben, wenn sie die Justiz in unserem Staat als Klassenjustiz zu entlarven. Daß die Bourgeoisie nur ein Mittel kennt, um die revolutionäre Bewegung zu bekämpfen: die reaktionäre Gewalt. Die Klassenjustiz ist ein Teil davon.

Wir haben die kleinbürgerliche, massenfeindliche Politik der Roten Armee Fraktion immer bekämpft. Vor dem Klassenfeind aber, vor den Schranken der Klassenjustiz, sind die Mitglieder dieser Organisation unsere Genossen! **Diese Prozesse bedeuten eine Provokation für alle Revolutionäre, für das ganze deutsche Volk. Der Kampf dagegen wächst an. Er muß, vor allem über die 'Rote Hilfe', immer besser organisiert werden.**

KAMPF DER KLASSENJUSTIZ!

FREIHEIT FÜR DIE GENOSSEN DER ROTEN ARMEE FRAKTION!

US - Imperialismus in die Enge getrieben

Daß der US-Geheimdienst CIA in Westdeutschland Telefone abhört und amerikanische Staatsbürger verfolgt, ist seit einigen Wochen bewiesen. Noch klarer wird das Zusammenspiel von amerikanischen und westdeutschen Imperialisten bei der Ausweisung der Studentin Karen Seelye Bixler aus der DBR.

Ausweisungsgrund: Der antiimperialistische und antimilitaristische Kampf von K. Bixler in der DBR. In Zeitungsartikeln verglich sie Nixon mit Hitler und forderte die US-Soldaten in der DBR auf, den antimilitaristischen Kampf voranzutreiben.

Dieser Kampf trifft auch die westdeutschen Imperialisten mitten ins Herz. Er richtet sich, so die Ausweisungsverfügung, gegen "die durch das Grundgesetz geschützte Rechtsordnung in der DBR". Denn "eine Zersetzung der Schlagkraft der US-Streitkräfte in Europa beeinträchtigt auch die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland." Und "Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund des Art. 3 des NATO-Vertrages verpflichtet, die gemeinsame Widerstandskraft der Vertragspartner zu erhalten."

Ohne Scheu geben die westdeutschen Imperialisten zu, daß sie mit dem US-Imperialismus gemeinsame Sache machen, wenn es gegen fortschrittliche Menschen geht. Aber nicht genug damit! Der Fall K. Bixler zeigt auch, daß das neue Ausländergesetz sämtliche Rechtsgrundsätze der DBR über den Haufen wirft, daß die Kapitalisten sich über ihre eigenen Gesetze hinwegsetzen, wenn es ihren Interessen nützt:

K. Bixler wurde ausgewiesen, ohne daß ihr auch nur die Möglichkeit gegeben wird, Einspruch gegen das Urteil zu erheben. Denn, so heißt es in der Verfügung: "Die der Ausweisung zugrundeliegenden Tatbestände schließen eine Erfolgsaussicht aus."

So einfach macht die Klassenjustiz sich das heute schon wieder! Ausländer können nicht einmal mehr eine höhere Rechtsinstanz anrufen. Das Urteil wird sofort vollstreckt.

Die westdeutschen Imperialisten haben die faschistische Ausländergesetz Hitlers nicht nur übernommen, sondern noch verschärft. Tausende von Menschen haben den Kampf gegen dieses Gesetz aufgenommen.



Überall Kommunist ... auch im Krankenbett

Genossen,

seit etwa zwei Wochen bin ich jetzt hier in Hamburg wegen eines Bruchs im Krankenhaus. Als ich eingeliefert wurde, ärgerte ich mich sehr darüber, daß jetzt erst mal für einige Zeit mit der Politik Schluß sein sollte. Doch da hatte ich mich gewaltig getäuscht.

Da in meinem Zimmer zu Anfang auch ein D'K'P-Mann lag, kam es gleich zu heftigen Debatten über Chile, über die sowjetische Außenpolitik usw. Er behauptete zum Beispiel, der Hamburger Aufstand vor 50 Jahren sei ein haltloses Abenteuer gewesen, bei dem die Kommunisten (sinngemäß) wie die Hasen abgeknallt worden seien...

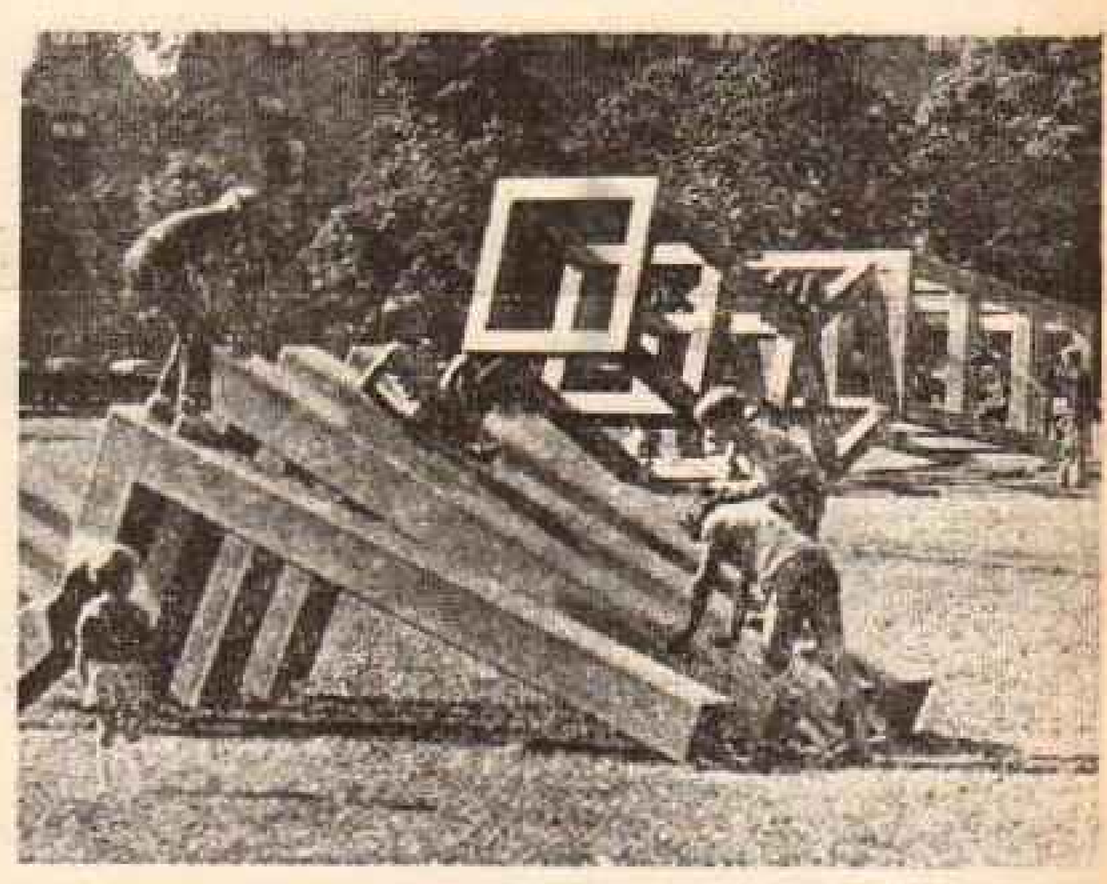
Ein anderer Patient und ein junger Arzt halfen mir, seine "Argumente" zu widerlegen.

Viel wichtiger war bisher jedoch, daß ich hier im Krankenhaus den Roten Morgen, "China im Bild" und (für das türkische Personal) "Halkin Sese" vertreibe, daß ich mit Kollegen und Krankenschwestern einzelne Artikel des Roten Morgen lese und viele, viele politische Fragen diskutiere. **Ein paar junge Patienten habe ich bereits für einen Besuch des Rote Garde-Treffs und einen türkischen Kollegen für den Arbeitertreff geworben.**

Vor ein paar Tagen brachte mir meine Frau eine Unterschriftenliste gegen die Schließung des Heidbergkrankenhauses mit. (Dieses Krankenhaus soll vom SPD-Senat geschlossen werden, obwohl es viel zu wenig Krankenhausbetten gibt.) **Bisher haben schon viele Krankenschwestern und Patienten unterschrieben: In den nächsten Tagen werde ich versuchen, die Sammlung auf die anderen Stationen auszudehnen.**

Genossen! Ich habe in den zwei Wochen viel dazu gelernt. Vor allem habe ich gelernt, daß überall da, wo ein Genosse ist, die KPD/ML mit ihren starken politischen Argumenten und mit ihrem Ziel, dem Sozialismus, stehen muß. **Auch wenn man mal krank ist, muß man jede Gelegenheit des politischen Kampfes nutzen.**





KEINEN RESPEKT VOR KUNSTWERKEN zeigten Kinder vor dieser 16 Meter langen und sechs Meter hohen Stahlplastik, die gegenwärtig vor der Alten Pinakothek in München aufgestellt ist, und benutzten sie einfach als Klettergerüst. Vermutlich wegen des bekannten großen Mangels an Spielplätzen erhoben kunstinteressierte Erwachsene bisher keinen Einspruch gegen diese „Zweckentfremdung". (Bild: Conti-Press)

Daß die Kinder keinen Respekt haben, zeigt am besten, um was für "Kunstwerke" es sich bei diesem und ähnlichen Spinnereien auf dem bürgerlichen Kunstmarkt handelt. Die hier dargestellte "Plastik" kann von Glück reden, daß die Kinder sie zum Spielen hernehmen, denn das ist ihre einzige Existenzberechtigung. Als Kinderspielplatz hat sie zudem Chancen, den Sturz des Kapitalismus und seiner dekadenten Kunst zu überleben.

Pass von N. Tarhan beschlagnahmt

Am 7. 9. 73 wurde der Paß des Vorsitzenden der ATÖF (Studentenföderation der Türkei), N.Tarhan, beschlagnahmt. Der Befehl dazu wurde von der Kriegsrechtsverwaltung in Istanbul erteilt.

In einem Flugblatt der ATÖF heißt es dazu unter anderem:

"Der Vorsitzender der ATÖF ist seit 6 Semestern ordentlicher Studierender der OSI an der FU (in Westberlin). Sein Paß ist am 5. September abgelaufen. Allerdings hat die Kulturabteilung der türkischen Botschaft in Bonn eine Bescheinigung für die Verlängerung des Passes ausgestellt. Trotz dieser Bescheinigung wurde der Paß nicht verlängert und beschlagnahmt... Mit dieser Maßnahme wollen die Faschisten in der Türkei und ihre Auslandsvertretung zweierlei erreichen:

Erstens: Die faschistische Militärdiktatur in der Türkei hat alle demokratischen Massenorganisationen in der Türkei kurzerhand verboten und die führenden Mitglieder eingekerkert. Sie will auch die Organisationen im Ausland verbieten. Das ist aber rechtlich unmöglich."

So versucht sie das Verbot in Zusammenarbeit mit den westdeutschen Imperialisten zu erreichen. "Die Pässe der Vorstandsmitglieder werden nicht verlängert und beschlagnahmt und sie werden so in eine illegale Lage gebracht. So wurden z.B. die Pässe der 4 von insgesamt 5 Vorstandsmitgliedern der vorigen Arbeitsperiode nicht verlängert, obwohl sie alle ordentliche Studierende sind. **Durch die systematische Illegalisierung der Vorstandsmitglieder wollen die herrschenden Klassen ATÖF als eine illegale Organisation abstempeln und so ihr Verbot herbeiführen."**

Außerdem sollen so die patriotischen Jugendlichen im Ausland eingeschüchtert werden. **'Aber ihre Rechnung wird nicht aufgehen. Die herrschenden Klassen greifen uns an, weil wir auf der Seite unseres Volkes, auf der Seite unserer für Demokratie und Unabhängigkeit kämpfenden Brüder stehen. Ihre Angriffe schüchtern uns nicht ein, sondern sie zeigen uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Wir werden auf diesem Wege weiter kämpfen . . .**

Protestiert mit uns gegen faschistische Unterdrückung der Patrioten aus der Türkei ! Protestiert beim türkischen Generalkonsulat in Berlin gegen die Beschlagnahme des Passes von N. Tarhan !

Die Adresse des Generalkonsulats : 1 Berlin 31, Kurfürstendamm 142 - 143.

Genscher's neue Elite-Killer

Am 21.September stellte Polizeiminister Genscher in der Nähe von Bonn seine neue Spezialtruppe GSG 9 der Presse mit einer Übung vor. Grenzschutzgruppe 9 (die Zahlen 1 bis 8 sind bereits ausgebucht) – unter diesem Namen verbirgt sich eine neue Elitetruppe des Polizeiministers von 115 Mann, die noch auf 170 Mann erweitert werden soll. Nach einjährigem Aufbau und 22-wöchigem Training soll sie jetzt in der Lage sein, 'Störer' (Genscher) jederzeit und auf jede mögliche Weise zu liquidieren. Dazu wurde die Truppe für 5 Mill. Mark aufgebaut und ausgerüstet.



Hubschrauber, Mercedeswagen vom Typ 280, VW-Busse und Panzerwagen sollen Verfolgung und Annäherung an den 'Feind' an jedem Ort ermöglichen. Mit Schalldämpfer-MP's ohne Geschoßknall können dann die Spezialkiller lautlos töten (Genscher: "Man hört nur Pffft"). Die 60 Präzisionsschützen können laut Oberstleutnant Wegner mit ihren Spezialgewehren "ein Fünfmarkstück auf 300 Meter mit Zielfernrohr durchschießen".

Ergänzt wird diese Truppe durch die einzelnen Kommandos der Länder. In Rheinland-Pfalz die "Sondereinheit zur Bekämpfung terroristischer Gewalttäter" oder in Hamburg, Niedersachsen und Baden-Württemberg die "Mobilen Einsatzkommandos", MEK genannt.

Daß diese Spezialeinheiten der Länder sowie auch Genschers Truppe sich nicht in erster Linie gegen Banküberfälle richten, oder vor allem allein durch ihre Existenz abschrecken sollen, hat schon die Verfolgung der RAF gezeigt: Georg von Rauch, Petra Schelm, Thomas Weißbecker, sowie der völlig unbeteiligte Schotte Mc Leod wurden einfach erschossen.

Auch der Einsatz des MEK in Hamburg zeigt, gegen wen diese Killertruppen eingesetzt werden: Am 23.Mai stürmten im Morgengrauen 500 Polizisten mit dem MEK an der Spitze das Haus Nr.39 in der Eckhofstraße. Das Mietshaus, das zugunsten von teuren Eigentumswohnungen abgerissen werden sollte, war von 60 Jugendlichen besetzt. Das MEK war in einem Möbelwagen getarnt aufgefahren, stürmte das Haus mit schußbereiten Maschinenpistolen, eroberte im Nahkampf Zimmer für Zimmer des Hauses, machte die Jugendlichen einzeln fertig und führte sie ab. Dabei ist vonseiten des MEK auch geschossen worden.

Nicht von ungefähr ist die Genscher-Truppe gerade zu der Zeit ausgebildet und vorgestellt worden, als durch die 'wilden' Streiks der Kampf der Arbeiterklasse einen neuen Aufschwung genommen hat und unsere Partei weiter erstarkte.

Mit Gewehr und Plastikschild gegen Autoschlangen?

'Puma' bringt Autoschlangen auf Trab

Autoschlangen in Nordrhein-Westfalen wird künftig eine „[illegible]" auf Trab bringen. Ab Sommer 1974 soll der Polizei ein Mammut-Hubschrauber „Puma" zur Seite stehen. Der Helikopter, gestern in Düsseldorf von Innenminister Willi Weyer vorgestellt, kann unter anderem bei Unfällen verkeilte Fahrzeuge auf dem Luftweg bergen.

Text und Foto aus der "Neuen Ruhr-Zeitung" vom 27.9.73 zeigen, bis zu welcher Lächerlichkeit die Propagandalügen der Bourgeoisie geraten können! Der Hubschrauber, der mit Leichtigkeit 17 schwerbewaffnete Spezialkiller an jeden Ort transportieren kann (Kostenpunkt 3 Mill.) wurde als Ergänzung zum Waffenarsenal Weyers gegen die wachsenden Kämpfe der Massen angeschafft.

Polizeisturm auf ROTEN MORGEN

Am Samstag, den 29.9.73 verkauften die Rotgardisten in Münster wie gewohnt den Roten Morgen in der Stadt. Plötzlich stürmten mehrere Polizisten um eine Hausecke. Sie verlangten die Personalien der Verkäufer. Zivile Polizisten, die Stimmung gegen die Kommunisten machten, waren ebenfalls zur Stelle. Schnell sammelte sich eine Traube von Passanten. Rufe wurden laut: "Laßt die doch ihre Zeitung verkaufen!" – "Was ist das für eine Demokratie!" Die Genossen nutzten die Situation, um die Angst der Bourgeoisie und ihre Angriffe gegen die Massen und die Partei zu erklären.

Nach Meldungen von Hsinhua demonstrierten Anfang September rund 3000 Schweizer gegen die Teilnahme Portugals an der nationalen Messe, die in der Stadt eröffnet wurde. Die Demonstranten trugen Transparente mit den Parolen: Unterstützt die Befreiungsbewegung! Nieder mit den portugiesischen Faschisten!

★ ★ ★ ★

Am 11. September demonstrierten afrikanische Minenarbeiter in Südwest-Johannesburg in Südafrika gegen die Ablehnung ihrer berechtigten Lohnforderungen. Als sie sich der Minenverwaltung näherten, eröffnete die Polizei ohne Vorwarnung das Feuer. 11 Personen wurden getötet, 27 verwundet. Bereits 1960 hatte die Polizei das Feuer auf Minenarbeiter eröffnet. Damals wurden 69 getötet. Dieses blutige Massaker stieß auf breiten Protest vor allem in Afrika selbst. In den Stellungnahmen der verschiedenen Organisationen wurde hervorgehoben, daß dieser Terror der Bourgeoisie zeige, daß es nur einen Ausweg für das Volk in Südafrika gäbe, die Revolution.



"Weisskreuz" gegen Bevölkerung

Frankfurts Polizei will ihren Waffenbestand ergänzen. Künftig soll jeder Streifenwagen mit einer Tränengas-Spraydose ausgestattet sein.

Das Tränengas wird von der US-Waffenfirma Smith & Wesson aus einem Gemisch von Wasser und Chloracetophon hergestellt. Das Gas Chloracetophon ist vom Ersten Weltkrieg her auch als "Weißkreuz" bekannt. Es hinterläßt an den Augen dauerhafte Schäden wie Hornhauttrübungen und Defekte.

Doch der Einsatz dieses Tränengases ist nichts Neues. In mehreren Bundesländern wird es dem Wasser in Wasserwerfern beigemischt. So zum Beispiel gegen die Bevölkerung in Nordhorn, die gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range demonstrierte.

Der Frankfurter Diplomchemiker Giebenhain stellte sogar fest, daß Chloracetophon unter Umständen "in geschlossenen Räumen zum Tode führen" kann. Bereits bei einem Anteil von 0,85 Milligramm je Liter Luft wirkt das Gas binnen 10 Minuten tödlich!

Werden zum Beispiel Demonstranten, die durch das Gemisch durchnäßt sind, in geschlossenen Wagen abtransportiert – wie in Bonn anläßlich der Anti-Thieu-Demonstration – kann das für die Demonstranten den Tod bedeuten.

Aber das Leben von Demonstranten interessiert offensichtlich nicht. Als bei einer Übung auf dem Hof des Wiesbadener Innenministeriums aus einem Meter Entfernung gesprüht wurde (obwohl mindestens drei Meter Entfernung vorgeschrieben sind) und Polizeiminister Bielefeld darauf von Presseleuten angesprochen wurde, antwortete er: "Ist Ihnen denn lieber, wenn der Polizist in einem solchen Fall die Pistole zieht?"

Familie ausgebrannt- Nachbarn sammeln über 1000 DM

Liebe Genossen!

Vor einigen Tagen gab es in meiner Nachbarschaft einen ziemlich großen Brand. Die ganze Wohnung der Familie ausgebrannt – denn ehe die Feuerwehr kam, stand bereits das ganze Stockwerk in Flammen – Möbel, Kleider, Wertgegenstände, alles wurde vernichtet. Der Sohn, der sich nicht mehr aus den Flammen retten konnte, stürzte aus dem Fenster und liegt seither schwerverletzt im Krankenhaus. Sämtliches Hab und Gut einer Arbeiterfamilie war vernichtet.

Der Brand wurde Tagesgespräch in unserem Viertel. Aber die Nachbarn redeten nicht nur, sie handelten: Spontan wurde eine Sammlung organisiert, um der Familie über die schlimmsten Anfangsschwierigkeiten hinwegzuhelfen.

Gewiß, das ist keine große politische Enthüllung, was ich hier schreibe. Aber ich meine, daß dieses Beispiel eines zeigt: Für die werktätigen Massen ist "Solidarität" kein leerer Begriff! Sie handeln täglich danach. Eine Spende von 30 oder 40 Mark ist für einen Arbeiter schließlich kein Pappenstiel. Trotzdem wurden durchschnittlich solche Summen gegeben. Ist das nicht auch ein Beispiel dafür, daß die werktätigen Massen bereit sind, zusammenzustehen, sich gegenseitig zu unterstützen sich zusammenzuschließen?

Rot Front!
Ein Genosse aus Bochum

Militaristenschau in Lütjenburg

Am 9.9.73 wurde in der Schill-kaserne in Lütjenburg ein "Tag der offenen Tür" von der Bundeswehr veranstaltet. Mehrere tausend Besucher kamen. Während die Bundeswehr ihnen Panzer- und Hubschraubereinsätze vorführte, sie mit Wurst und Erbsensuppe bewirtete, verteilte die Rote Garde Flugblätter, in denen sie klar sagte, daß die Bundeswehr in Wirklichkeit natürlich kein herumziehender Schaustellerverein ist, sondern eine aggressive Waffe im gen die anderen Völker und die kämpfenden Massen im eigenen Land. Ganz anders die SDAJ und ein "Arbeitskreis demokratischer Soldaten", die den Besuchern einreden wollten, daß die Bundeswehr heute für das Kapital keine grausame Waffe mehr ist, weil heute über Abrüstung, Entspannung verhandelt wird.

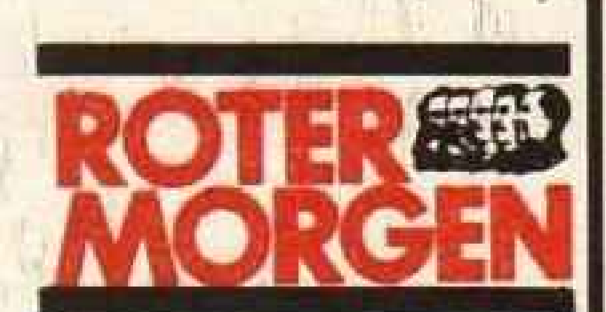
Die Genossen berichten, daß sie ihr Flugblatt nicht nur sechs Stunden lang auf dem "Volksfest" verteilt haben, sondern auch in der Kaserne. Stapelweise wurde es dort in Toiletten und Gemeinschaftsräume gelegt. Die Soldaten dort erzählten, daß sie zwei Wochen lang für diese Militaristenschau arbeiten mußten. Als "Entschädigung" erhielten sie einen Tag Sonderurlaub.



...Du aber brauchst diesen Schein! Und stärkst in Deinem Interesse Deiner Klasse Presse!

BESTELLSCHEIN

HIERMIT BESTELLE ICH:
PROBENUMMER ☐
ABONNEMENT ☐
AB NUMMER ....



Bestellungen an:
87 Würzburg
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben) einschließlich Porto DM 25,-. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL' ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....